



## **Hauptausschuss**

### **15. Sitzung (öffentlich)**

27. April 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **Zur Tagesordnung**

1

Der Vorsitzende erläutert, weshalb er die mit Schreiben der SPD-Fraktion vom 26. April 2006 gewünschte Durchführung einer Aktuellen Viertelstunde zu dem Thema „Berichterstattung des ‚Kölner Stadt-Anzeigers‘ vom 25. April hinsichtlich der Cologne-Konferenz“ nicht zugelassen hat. Er wolle das Thema für die Sitzung des Ausschusses am 11. Mai vorsehen.

Der Regierungssprecher und Staatssekretär für Medien, Thomas Kemper (StK) sagt auf Wunsch von Sylvia Löhrmann (GRÜNE) zu, den Obleuten im Vorfeld der Sitzung zur Beschleunigung der Beratung eine vertrauliche Stellungnahme der Landesregierung zukommen zu lassen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	II	APr 14/189
Hauptausschuss		27.04.2006
15. Sitzung (öffentlich)		ni-hoe
		Seite

- 1 Erster Bericht des Medienrates NRW 2004/2005** 2  
Vorlage 14/196
- Bericht der Vorsitzenden des Medienrates, Christiane von Wahlert
  - Diskussion der Abgeordneten mit den Mitgliedern des Medienrates
- 2 Die Chancen der Digitalisierung für NRW nutzen – DVB-T in konzentrierter Aktion stärken** 9  
Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/871
- Der Vorsitzende stellt Konsens aller Fraktionen fest, den Punkt am 11. Mai auf die Tagesordnung zu setzen.
- 3 Beratungsstand der EU-Fernsehrichtlinien** 9  
Vorlage 14/433
- Der Vorsitzende stellt Übereinstimmung fest, dass der Ausschuss die Beratung über den Bericht der Landesregierung als abgeschlossen betrachtet.
- 4 Gesundheitsgefährdung für Patientinnen und Patienten nicht länger hinnehmen! – EU-Richtlinie zur Bereitschaftszeit von Ärztinnen und Ärzten zügig umsetzen** 10  
Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/887  
Vorlage 14/437
- Bericht eines Mitarbeiters des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/189
Hauptausschuss		27.04.2006
15. Sitzung (öffentlich)		ni-hoe
		Seite

**5 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken** 11

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1193

Der Ausschuss verständigt sich darauf, das Votum des Verkehrsausschusses abzuwarten und den Punkt in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Landesregierung wird der Bitte des Abgeordneten Kuschke (SPD) entsprechen, bis zur Beratung zu erläutern, was sie unter Eurodistrikt verstehe.

**6 Regionale Partnerschaft mit der Türkei begründen** 11

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1106

In Verbindung damit:

**Zusammenarbeit mit der Türkei praxisnah und sachorientiert gestalten**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1164

- Kurze Diskussion über das Verfahren
- Stellungnahme des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer

Gegen die Ankündigung des Vorsitzenden, die abschließende Beratung und Abstimmung über die Anträge in die Tagesordnung für den 11. Mai aufzunehmen, erhebt sich kein Widerspruch.

- 7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung des Austritts aus Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts (Kirchenaustrittsgesetz – KiAustrG) und des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung (Justizverwaltungskostengesetz – JVKostG)** 14
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/1518  
Vorlage 14/458
- Kurze Diskussion
- Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, den Punkt in die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufzunehmen, erhebt sich kein Widerspruch.
- 8 „Weltjugendtagshügel“ erhalten und Erinnerung an Weltjugendtag bewahren** 16
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/212
- Der Antrag wird gemäß § 79 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Landtags für erledigt erklärt.
- 9 Strukturförderpolitik für NRW 2007 – 2013 – den Strukturwandel weiter erfolgreich gestalten** 16
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/467  
Ausschussprotokoll 14/121
- Ausführliche Diskussion
- Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, zu versuchen, die Teilnahme der Wirtschaftsministerin an der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu gewährleisten, erhebt sich kein Widerspruch. Ähnliches gelte, so der Vorsitzende, für den von Sylvia Löhrmann angeforderten schriftlichen Begleittext: Auch dieser sollte den Abgeordne-

ten bis zur nächsten Sitzung am 11. Mai zur Verfügung stehen. Am 11. Mai werde dann auch über den Antrag abgestimmt.

**10 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes** 29

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/569

Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 9. März 2006

Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema für den 11. Mai vorzusehen, um dann hoffentlich abschließend zu beraten. Der Vorsitzende wird die Landesregierung bitten, rechtzeitig vorher die bekannten verfassungsrechtlichen, in der Anhörung von den Sachverständigen aufgeworfenen Fragen schriftlich zu beantworten.

**11 Verschiedenes/Verfahrensabsprachen** 31

**a) EU-Subventionen dürfen nicht zur Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Nordrhein-Westfalen führen**

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/1561

Der Ausschuss verständigt sich darauf, auf ein Votum zu verzichten.

**b) Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006** 31

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/1548

Der Ausschuss einigt sich darauf, den Antrag in der übernächsten Sitzung zu behandeln.

- c) Gesetzliche Mindestlöhne: Nordrhein-Westfalen unterstützt nationale Regelung** 32

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1563

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag in der nächsten Sitzung zu behandeln.

- d) Subsidiaritätskonferenz, durchgeführt in der vergangenen Woche vom Ausschuss der Regionen und der österreichischen Ratspräsidentschaft** 32

- e) Reise einer Delegation des Hauptausschusses nach Schottland vor dem Hintergrund „60 Jahre Nordrhein-Westfalen“** 32

Aus dem Ausschuss erheben sich gegen die vom Vorsitzenden in Bezug genommene, von den Obleuten erzielte Vereinbarung über Inhalte und Dauer der Reise keine Widersprüche.

- f) Gesetz zur Änderung der Landesverfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** 33

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1541

Auf Wunsch von Wolfram Kuschke (SPD) bestätigt der Ausschuss das in der Plenardebatte von allen Fraktionen angeregte Verfahren, sich in einer kleinen Gruppe zusammzusetzen, um die jeweiligen Vorstellungen und Vorschläge abzuklären und dann erst im Ausschuss zu beraten.

vorgetragen, und an diesen Positionen hat sich nichts geändert. Es ist Angelegenheit des Parlaments, sich zu diesen Positionen zu äußern. Als Landesregierung werden wir dann entsprechend der Beschlusslage des Parlaments reagieren.

Gegen die Ankündigung des Vorsitzenden, die abschließende Beratung und Abstimmung über die Anträge in die Tagesordnung für den 11. Mai aufzunehmen, erhebt sich kein Widerspruch.

**7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung des Austritts aus Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts (Kirchenaustrittsgesetz – KiAustrG) und des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung (Justizverwaltungskostengesetz – JVKostG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/1518

Vorlage 14/458 (einige Tage nach der Sitzung verteilt)

*(vom Plenum am 6. April 2006 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen)*

**Ilka Keller (CDU)** signalisiert für ihre Fraktion Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

**Wolfram Kuschke (SPD)** wiederholt die im Plenum von ihm und Sylvia Löhrmann vorgetragene Fragen und bittet die Landesregierung um Beantwortung:

- Wie solle mit den 14-jährigen Religionsmündigen im Hinblick auf die Gebührenverfahren werden?
- Was spreche für die Belassung der Zuständigkeit bei den Amtsgerichten und gegen eine Übertragung auf Standes- und Meldeämter, und zwar nicht zuletzt unter dem Kostenaspekt?
- Existierten Befürchtungen aufseiten der Kirchen, dass sich die Gebührenfrage auch im Falle eines Wiedereintritts stellen könnte?

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** bezeichnet die eben aufgelisteten Punkte als gravierend. Ihren Vorredner habe sie in der Plenardebatte so verstanden, dass die SPD-Fraktion es von den Antworten der Landesregierung abhängig machen wolle, ob sie sich dem Vorschlag der Grünen, das Problem noch einmal vertieft zu diskutieren, anschließen werde.

Nach Auffassung der Grünen erscheine es zum Beispiel ungewöhnlich, dass die Einzelnen und nicht die Kirchen selber beim Kircheneintritt für eine vom Staat für die Kirchen erbrachte Leistung Gebühren entrichten müssten. Diesem Ansinnen der Landes-

regierung könnten die Grünen nicht folgen und wünschten darüber das Gespräch mit den Kirchen und weiteren Fachleuten.

Nach den Worten von **Ilka Keller (CDU)** erheben elf Bundesländer derartige Gebühren.

Nach Auskunft von **MDgt Annette Storsberg (StK)** schließt die Gebührenpflicht auch 14-Jährige bzw. Minderjährige ein, denn es handele sich um eine Verwaltungsgebühr für einen entstandenen Verwaltungsaufwand.

Gegen die Übertragung der Zuständigkeit auf die Meldeämter spreche, dass dies bei den Kirchen auf wenig Akzeptanz stieße und außerdem das Konnexitätsprinzip umfassende Verhandlungen mit den Kommunen bedingte.

Dass die Gebühr beim Kirchenaustritt anfalle, hänge mit der daran anknüpfenden Kirchensteuerpflichtigkeit zusammen, was wiederum die staatlichen Stellen, die die Steuern erhöhen, tangiere. Hinzu komme, dass einige Kirchen das Instrument „Austritt“ gar nicht kennen und von daher eine Austrittserklärung gar nicht entgegennehmen würden.

Der Wiedereintritt könne nach Ansicht der Staatskanzlei gegenüber den jeweiligen Kirchen erklärt werden.

Für **Wolfram Kuschke (SPD)** spielt der Aspekt Steuerpflichtigkeit nicht nur bei einem Kirchenaustritt, sondern auch bei einem Kircheneintritt, der die Erhebung der Steuern auslöse, eine Rolle. Das heiße: Die von MDgt Storsberg vorgenommene Unterscheidung erscheine nicht logisch.

**MDgt Annette Storsberg (StK)** verweist auf das Recht der negativen Religionsfreiheit, welches hier im Vordergrund stehe. Etwas anderes gelte daher bei einem Wiedereintritt.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** bittet um eine nähere Erläuterung, weshalb das Konnexitätsprinzip in dem einen Fall berührt sein solle, in dem anderen nicht. Denn wäre das Prinzip berührt, wäre die Mitberatung durch den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zwingend und zudem die Einhaltung entsprechender Fristen sowie die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände erforderlich. Sollten Stellungnahmen von Kirchen oder Verbänden schon vorliegen, bitte sie, diese an die Abgeordneten weiterzuleiten. Außerdem möge die Landesregierung zu den aufgeworfenen Fragen einen schriftlichen Bericht erarbeiten. Nach dessen Auswertung könne dann über das weitere Verfahren entschieden werden. – Die Landesregierung sagt diesen Bericht zu.

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, den Punkt in die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufzunehmen, erhebt sich kein Widerspruch.

**Dr. Gerhard Papke (FDP)** wünscht, zu diesem Punkt in der Tagesordnung dann auch die abschließende Beratung und Abstimmung auszuweisen.

**Vorsitzender Werner Jostmeier** erinnert daran, dass, käme der Wunsch nach einer Anhörung, dieser nicht unbeachtet bleiben dürfte, sodass dann in der nächsten Sitzung noch keine abschließende Beratung und Abstimmung anstände. Im Übrigen spreche er die Tagesordnung natürlich wie bisher vorher mit den Fraktionen ab.

## **8 „Weltjugendtagshügel“ erhalten und Erinnerung an Weltjugendtag bewahren**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/212

*(vom Plenum am 15. September 2005 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss überwiesen)*

Der Antrag wird gemäß § 79 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Landtags für erledigt erklärt.

## **9 Strukturförderpolitik für NRW 2007 – 2013 – den Strukturwandel weiter erfolgreich gestalten**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/467

Ausschussprotokoll 14/121

**Gabriele Sikora (SPD)** greift aus der ihres Erachtens sehr aufschlussreichen Anhörung zunächst die deutlichen Hinweise des Vertreters der Generaldirektion „Regionalpolitik“ der EU-Kommission, Michel-Eric Dufeil, auf, nach denen das Wettbewerbsrecht nicht ausreiche, sondern daneben die Ausgleichsfunktion, insbesondere mit Blick auf Art. 158 EU-Vertrag, treten müsse. Dufeil habe das Erfordernis, die Wirtschaftsdynamik im Ruhrgebiet zu erhöhen, als Selbstverständlichkeit bezeichnet, erwarte die Kommission doch von dem zu entwerfenden operationellen Programm für die Förderperiode 2007 bis 2013 die Fokussierung auf die strukturschwächsten Regionen.

Der Antrag der SPD-Fraktion enthalte zum einen die Aufforderung an die Landesregierung, für die laufende Förderperiode die entsprechenden Kofinanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Diese Forderung stehe im Zusammenhang mit der 20 %igen Kürzung dieser Mittel mit Blick auf die von der Landesregierung gewollte Anwerbung privater Mittel. Bei Letzterem handele es sich aber um ein Instrument, für das noch die Genehmigung der EU-Kommission fehle - mit der Folge einer Lücke im Finanzierungssystem, zumal nach Auskunft von Wirtschaftsministerin Thoben im Wirtschaftsausschuss auch der Gedanke, die NRW-Bank in die Finanzierung einzubeziehen, für 2006 nicht zum Tragen kommen werde.

